



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

37. Sitzung (öffentlich)

8. November 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:31 Uhr bis 17:33 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gutachten zu möglichen Ansätzen einer Absicherung von Lücken in der Erwerbsbiographie von selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern** 7
Vorlage 18/1560
– Wortbeiträge

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)** 10
(Tischvorlage, s. Anlage 1)
Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1422 (Erläuterungsband zum Einzelplan 11)
Vorlage 18/1628 (Einbringungsrede zum Einzelplan 11)
Vorlage 18/1714 (Beantwortung von Fragen zum Einzelplan 11)
– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 1) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 2) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 3) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 4) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 5) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 6) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 7) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 8) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 9) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 10) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag (Tischvorlage, laufende Nummer 11) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt Einzelplan 11 mit dem Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

3 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket **16**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584

Schriftliche Anhörung
des Verkehrsausschusses
Stellungnahme 18/956
Stellungnahme 18/964
Stellungnahme 18/971
Stellungnahme 18/973
Stellungnahme 18/975
Stellungnahme 18/977
Stellungnahme 18/985
Stellungnahme 18/998

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

- 4 Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, des Hochschulgesetzes, der Universitätsklinikum-Verordnung und des Gesetzes zur Umsetzung des Transplantationsgesetzes** 17
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5804
- Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 18/947
Stellungnahme 18/979
Stellungnahme 18/993
Stellungnahme 18/1000
Stellungnahme 18/1003
Stellungnahme 18/1018
Stellungnahme 18/1021
- Wortbeiträge
- 5 Psychotherapeutische Versorgung in unterversorgten Regionen sicherstellen!** 20
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/3666
- Ausschussprotokoll 18/334 (Anhörung am 13.09.2023)
- Wortbeiträge
- 6 Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe starten – Zielgruppenorientierung verbessern!** 22
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4135
- Ausschussprotokoll 18/354 (Anhörung am 27.09.2023)
- Wortbeiträge

7 Seelische Gesundheit geht uns alle an: Wir brauchen einen ganzheitlichen „NRW-Plan für Seelische Gesundheit“! **24**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6356

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Rodion Bakum (SPD),
eine Anhörung durchzuführen.

8 Volle Priorität auf neue Arbeitsplätze: Strukturwandel muss jetzt Chefsache werden! **25**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6382

– Wortbeiträge

9 Aktueller Stand zu Kur- und Reha-Angeboten in NRW (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1855

– Wortbeiträge

10 Fallzahlen Krankenhäuser NRW (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **27**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1858

– Wortbeiträge

11 Inflationausgleichprämie – wieso können nicht alle Beschäftigten in der Pflege in Nordrhein-Westfalen die Prämie erhalten? (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]) **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1837

– keine Wortbeiträge

12 Verschiedenes **31**

- a) **Information zu Kundgebung von palästinensischen Ärztinnen, Ärzten, Apothekerinnen und Apothekern** **31**
- b) **Verabschiedung von Serdar Yüksel (SPD)** **31**
- c) **Bedarfstermin am 22. November 2023** **31**

Der Ausschuss kommt überein, den Bedarfstermin am 22. November 2023 zu nutzen und Näheres dazu in einer Obleute-
runde zu klären.

* * *

6 Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe starten – Zielgruppenorientierung verbessern!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4135

Ausschussprotokoll 18/354 (Anhörung am 27.09.2023)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 05.05.2023)

Laut der Sachverständigen in der Anhörung sollten für Werbung für die berufliche Ausbildung alle Kanäle genutzt werden und vieles zu einer landesweiten Kampagne verknüpft werden, fasst **Susanne Schneider (FDP)** zusammen.

Die IHK NRW und die Handwerkskammer hätten von eigenen interessanten Kampagnen berichtet.

In Bezug auf die Abwägung, ob in den Kampagnen Azubis oder Influencer zum Einsatz kommen sollten, sei auf die unterschiedlichen Kosten verwiesen worden, wobei bits & likes ausgeführt habe, dass bereits mit Beträgen, die zwischen 1.000 und 3.000 Euro kosteten, 1 Million Jugendliche erreicht werden könnten. Die Broschüre der Landesregierung für Menschen im ausbildungsfähigen Alter mit einer Auflage von 1.200 Stück sei sicher nicht preiswerter gewesen.

Der interessanten Anhörung entnehme er anders als Susanne Schneider (FDP), dass die IHK NRW deutlich dafür plädiere, nicht mit Influencer sondern mit authentischen Menschen zu werben, da sie dies für wirksamer halte, greift **Marco Schmitz (CDU)** auf. Eine Ausnahme stellten Influencer dar, die aus dem jeweiligen Ausbildungsbereiche kämen.

Wie auch die CDU-Fraktion vertrete die IHK NRW außerdem die Auffassung, dass Werbung für die berufliche Ausbildung Aufgabe der Firmen bzw. der Kammern und nicht des Landes sei.

In Bezug auf die Anzahl der Jugendlichen, die mit einem Video erreicht werden könnten, verweise er auf die Aussage des Verbandes Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen, wonach nicht die Anzahl derjenigen, die ein Video angesehen hätten, zähle, sondern unterschriebene Ausbildungsverträge. Die Kampagnen müssten also zielgerichtet sein, insgesamt müsse auf allen Kanälen geworben werden.

Angesichts der Ausführungen von Marco Schmitz (CDU) wundere es sie, dass die CDU-Fraktion dem Antrag ihrer Fraktion bei den Haushaltsplanberatungen zum Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“, also KAoA, nicht zugestimmt habe, da dieser der vom Kollegen dargelegten Logik folge, bemerkt **Lena Teschlade (SPD)**.

Wegen der angespannten Haushaltslage sehe ihre Fraktion Werbekampagnen nicht als die dringendsten Maßnahme an, zumal etwa die Handwerkskammern bereits sehr gute eigene Werbekampagnen in Auftrag gegeben hätten.

Benjamin Rauer (GRÜNE) verweist zunächst auf die angesprochenen, bereits vorhandenen Aktivitäten des Ministeriums in dem Bereich.

Außerdem müsse stets die Perspektive der Betroffenen einbezogen werden. So habe die LandeschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen in der Anhörung geäußert, dass sich der Frage gewidmet werden müsse, wer wie erreicht werden könne. Statt Videos zu produzieren, sollte ein Augenmerk darauf gelegt werden, wie die Ausbildung an sich gestärkt werden könne. Dazu müsse sich etwa dem öffentlichen Nahverkehr und der Verfügbarkeit von Wohnraum gewidmet werden.

Jedes Jahr flössen 50 Millionen Euro in das KAoA-System für den Übergang zwischen Schule und Beruf, womit Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich sehr gut dastehe, führt **Minister Karl-Josef Laumann (MAGS)** aus. In dem System gebe es außerdem selbstverständlich eine Digitalisierung.

Natürlich könnten immer Verbesserungen angestrebt werden, doch handele es sich um ein flächendeckendes Angebot mit einer hauptamtlichen Struktur über alle Schulformen hinweg.

Dass das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Schwerpunkt auf den Übergang in den Beruf lege, werde auch daran deutlich, dass ESF-Mittel für Unterstützung beim Übergang von den Berufsschulen in die Berufsausbildung eingesetzt würden.

Susanne Schneider (FDP) entgegnet, sie habe weder das KAoA-System noch sonstige Maßnahmen der Landesregierung kritisiert. Vielmehr gehe es der FDP-Landtagsfraktion mit dem Antrag um eine Ergänzung der vom Ministerium gestarteten Fachkräfteoffensive. Wenn im Ministerium Mittel für die Erstellung von Broschüren zur Verfügung stünden, so hielte sie eine Verwendung derselben für Kampagnen, in denen Azubis und bzw. oder Influencer zum Einsatz kämen, für effektiver, um Menschen im ausbildungsfähigen Alter zu erreichen.